

Antrag

Initiator*innen: Nicolas, Julius, Marie, Akbar (dort beschlossen am: 19.09.2025)

Titel: Polizei - Refom(ierbar)?

Antragstext

1 Am Abend der Bundestagswahl im Februar 2025 stürmten mehr als ein Dutzend
2 behelmter und vermummter Polizist*innen die Landesgeschäftsstelle der Grünen
3 Jugend Berlin. Zu dieser Zeit verfolgten etwa 20 Personen friedlich den
4 Wahlabend und die Hochrechnungen.

5 Anlass war, dass angeblich vermummte Personen - die zuvor bei einer
6 selbstbestimmten Demo im Kiez unterwegs waren - in den Räumlichkeiten Zuflucht
7 gewährt worden wäre. Und selbst nachdem die Einsatzkräfte diesen Verdacht
8 ausräumen konnten, wurden die anwesenden Personen knapp zweieinhalb Stunden vor
9 der Geschäftsstelle in der Kälte stehen gelassen und letztlich einer mehr als
10 fragwürdigen erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen.

11 Wir sind schockiert über die Willkür, die Härte und die schikaneartige
12 Handlungsweise der Polizei. Derartige Übergriffe auf linke politische Kräfte
13 verurteilen wir stets, diesmal sind wir Teil einer solchen Behandlung geworden.

14 Und dabei hatten wir noch Glück, denn wir sind ein Verband, dessen Mutterpartei
15 zu der Zeit noch in der Bundesregierung war.

16 Neben der großen Kürzungsoffensive will der schwarz-rote Senat mit der Novelle
17 des Polizeigesetzes den „finalen Rettungsschuss“, beschönigend benannt, wieder
18 einführen. Der nichts anderes als ein Todesschuss ist, obwohl bereits jetzt
19 jedes Jahr mehr und mehr Menschen durch die Hände der „Freunde und Helfer“
20 sterben. (1)

21 Die Logik dahinter ist wie eh und je: Gesellschaftliche Missstände mit Gewalt zu
22 bekämpfen und dadurch vermeintlich "Sicherheit" zu schaffen.

23 Besonders betroffen sind hiervon marginalisierte Menschen und Randgruppen wie
24 Obdachlose, die aus Bahnhöfen geschleift werden, in denen sie im Winter Zuflucht
25 suchen. Drogenabhängige, die mit ihrer Suchtkrankheit alleine gelassen und durch
26 Gewalt weiter an den Rand der Gesellschaft getrieben werden. Prostituierte, die
27 in noch prekärere und stigmatisiertere Arbeitsbedingungen gedrängt werden. Und
28 BiPOC, die von Grund auf verdächtigt werden. Sie leiden unter rassistischer,
29 klassistischer und übermäßiger polizeilicher Vorverurteilung und erleben
30 dementsprechend mehr Gewalt und Schikane. So sind BiPOC häufiger von
31 "verdachtsunabhängigen Kontrollen" betroffen, wie sie erst letztens an Berliner
32 Bahnhöfen eingeführt wurden. (2)

33 Beispiele für (nicht aufgearbeitete) rassistische Polizeigewalt erleben wir
34 leider regelmäßig.

35 Wir erinnern an Oury Jallohs ominösen Todesfall, der nie vernünftig
36 aufgearbeitet und dessen Verdacht eines Polizeimordes nie ausgeräumt wurde. Erst
37 dieses Jahr wurde Lorenz von hinten von einem Polizisten mit 5 Schüssen geradezu
38 hingerichtet. In der JVA Ottweiler starb am 01.08. der 15-Jährige Nelson
39 angeblich an Suizid, nachdem er von einem Wärter körperlich misshandelt worden
40 sein soll.

41 All diese Gewalt ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck der strukturellen
42 Diskriminierung der Polizei gegenüber gesellschaftlich marginalisierten Gruppen.

43 Das zeigt sich in zahlreichen nationalsozialistischen Chatgruppen von
44 Polizist*innen, die teilweise sogar zur Tat schreiten und als NSU 2.0
45 progressive Kräfte einschüchtern. (3)

46 Dieser rechte Grundton in Kombination mit einer autoritären Struktur und
47 Korpsgeist führen dazu, dass Polizeigewalt, wenn sie zur Anzeige gebracht wird,
48 seltenst verurteilt wird, weil sich alle Kolleg*innen aus Angst vor sozialer
49 Ausgrenzung und vermeintlicher Kameradschaft gegenseitig decken. (4)

50 Stattdessen gibt es schwammige Disziplinarverfahren. Doch wie diese verteilt
51 werden, ist genauso schwammig. So haben nach dem Einsatz in Hanau - nach einem
52 kolossalen Polizeiversagen - genau zwei Polizist*innen ein solches Verfahren
53 bekommen. Nicht die, die zu spät agiert haben. Nicht die schlechte
54 Einsatzleitung. Und auch nicht die Bamt*innen, die den Notruf belegt haben,
55 wodurch Willi nicht den Notruf erreichte und deswegen den Täter weiter verfolgte
56 und letztlich erschossen wurde.

57 Die beiden Disziplinarverfahren gingen an die Pilot*innen des Hubschraubers, die
58 ihren Nutzen an jenem Abend hinterfragten. (5)

59 Weil gesellschaftlich Polizist*innen mit einer Waffe am Gürtel einen
60 Vertrauensvorschuss genießen, einen Status den Drogendealer im Park um die Ecke
61 gar nicht erreichen können. Weil sie eben nicht bewaffnete Truppen des Staates,
62 sondern "Hüter der Sicherheit" sind.

63 Daher sehen viele Leute von einer Anzeige ab, aus Angst selbst angezeigt zu
64 werden. So auch wir.

65 Selbst der Europarat sieht inzwischen ein Problem mit dem immer gewalttätigeren
66 Vorgehen der Polizei auf Versammlungen insb. pro-palästinensischen, aber auch
67 insgesamt des linken Spektrums wie erst neulich im Kessel des Kölner
68 Rheinmetall-Entwaffnen-Camps. (6)

69 Überall um uns herum nimmt die Aggressivität und die Aufrüstung staatlicher
70 Gewalttruppen zu. Für Lorenz, Oury Jalloh und so viele andere war die Polizei
71 kein Freund und auch kein Helfer.

72 Es waren die Menschen, durch die ihr Leben ein Ende gefunden hat.

73 Auch historisch betrachtet, entstand die Polizei nicht als Truppe, um Katzen von
74 Bäumen zu retten. Die Idee entstand aus der Notwendigkeit heraus, soziale und
75 ökonomische Verhältnisse mit Gewalt zu stabilisieren. Es ging darum, dass
76 Streiks nicht mehr von den Fabrikbetreiber*innen selbst, sondern von staatlich
77 organisierten und finanzierten Gruppen niedergeschlagen werden. (7)

78 Nicht nur das. So wurde in vielen Ländern Polizei geschaffen, um Menschen in
79 Kolonien zu unterdrücken und rassistische Gesetzgebung, die Kolonien erst
80 möglich machten, durchzusetzen. Ekelhafte Beispiele dafür sind der Code Noir
81 oder der Code de l'indigénat in Frankreich, die black codes in den USA oder auch
82 der Einsatz von Schutztruppen in den Deutschen Kolonien. (8)

83 Die Polizei war damals und ist auch heute nicht neutral. Sie war die ausführende
84 Gewalt eines kapitalistischen Staates, und das heißt: sie schützt und schützt
85 nicht in erster Linie Menschen, sondern die herrschende Ordnung, das Kapital.

86 Rassismus in der bestehenden Gesellschaftsordnung ist dabei kein Einzelfall,
87 sondern zentraler Bestandteil. Kapitalismus funktioniert, indem er Menschen in
88 Hierarchien aufteilt, anstatt sie befreit nebeneinander zu stellen, um damit
89 Ausbeutungsverhältnisse möglich zu machen. Die Polizei braucht es nun als
90 Werkzeug, als Ausübung von Gewalt, um diese Ordnung aufrechtzuerhalten und diese
91 Ausbeutungsverhältnisse erst zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten. Ohne sie
92 wäre diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht regierbar. (9)

93 Wer nun von „Einzelfällen“ oder „Fehlverhalten“ spricht, verkennt den Kern
94 dieser Gewalt. Solche Denkart stützt das System des Vertrauensvorschusses, der
95 die Polizei stets als gewissenhafte Schützer der Gemeinschaft darstellt.

96 Gewalt ist nicht das Versagen der Polizei – sie ist ihr Wesenskern. Solange der
97 Staat auf Kapital, Eigentum und Ungleichheit gebaut ist, braucht er eine
98 Institution, die diese Ordnung mit Gewalt schützt. Und das erfüllt die Polizei.

99 Die Aufrüstung und "Verbesserung" der Polizei ist keine Verbesserung von
100 "Sicherheit". Sie bedeutet nämlich in erster Linie eines:

101 Eine Steigerung der gesellschaftlichen Gewalt.

102 Und während mit Einführung von Tasern die Möglichkeiten schwerer Gewalt nur
103 zunimmt und die Hemmung aufgrund versprochener Sicherheit der neuen
104 Gerätschaften, diese Gewalt auch einzusetzen abnimmt - währenddessen nimmt die
105 Aufarbeitung nicht zu.

106 Und während die Aufarbeitung nicht zunimmt, lässt auch die Aufklärung zu
107 Wünschen übrig. Die verschwindend niedrige Verurteilungsquote bei
108 Sexualstraftaten geht nicht zuletzt auch auf unzureichende Polizeiarbeit zurück.
109 So werden Verletzte zu spät ernst genommen, unzureichende Maßnahmen getroffen
110 und ihnen kein ausreichender Rechtsschutz geboten. Sekundäre Traumatisierungen
111 entstehen nicht in seltenen Fällen durch mangelhafte Polizeiarbeit. Ähnlich ist
112 die Erfahrung von FINTA*s bei dem polizeilichen Umgang mit partnerschaftlicher
113 Gewalt. Die Erzählungen werden nicht ernst genommen, die Situation falsch
114 eingeschätzt, so dass im schlimmsten Fall der verhinderbare Femizid doch
115 passiert.

116 Polizist*innen kleben sich noch immer gerne mal - bevor sie auf eine Menge
117 Demonstrierende einprügeln - die Dienstnummern ab.

118 Polizist*innen haben noch immer keine Bodycams an, die verpflichtend
119 eingeschaltet sein müssen.

120 Polizist*innen wird noch immer geglaubt, wenn diese sich selbst Arme brechen und
121 dies auf Versammlungsteilnehmer*innen schieben.
122 Polizist*innen schützen nicht, wenn sie auf dich einprügeln.

123 Die Sicherheit, die sich damit einstellen soll, gilt offensichtlich nicht für
124 alle. Denn während Polizist*innen weiterhin brav Befehlen folgend Menschen auf

125 der Flucht illegal an den deutschen Grenzen abweisen, dient diese vermeintliche
126 „Sicherheit“ dem wohlhabenden deutschen „Volk“. Es dient einer rassistischen
127 Idee und denen die auf Menschen mit anderer Hautfarbe hetzen und diese durch die
128 Straßen jagen.

129 Wenn Versammlungen eingeschüchtert und aufgelöst werden. Wenn Streiks
130 drangsaliert und kriminalisiert werden - dann nützt das nicht uns, sondern den
131 Menschen, die aus den gegebenen Umständen profitieren.

132 Wenn noch immer nicht aufgearbeitet wird, warum es zu Oury Jallohs und Nelsons
133 Tod kam, dann wird damit nur ein System geschützt, das in sich nicht die
134 Menschen schützt, denen es eigentlich dienen soll.

135 **Deshalb fordern wir:**

- 136 • **Demokratische Kontrolle und unabhängige, transparente Beschwerdestellen, damit Polizeigewalt nicht unkontrolliert bleibt, sondern konsequent aufgeklärt und Betroffene Gehör finden.**

139 Wir sehen, dass eine rein rechtsstaatliche und gerichtliche Kontrolle der
140 Polizei als Exekutivorgan nicht ausreicht (10)

141 Ebenso sehen wir es als notwendigen Schritt, dass wir als Gesellschaft
142 nicht nur ein Mitbestimmungsrecht haben, wer für uns in den Parlamenten
143 sitzt, sondern auch, wer für uns für „Sicherheit“ in den Straßen sorgt und
144 wie.

145 Wir wollen wirkliche Haftbarkeit und nicht einfach Disziplinarverfahren,
146 die nur spärlich verteilt werden.

- 147 • **Keine weiteren Befugnisse für die Polizei, Bürger*innen und
148 Freiheitsrechte müssen gewährleistet werden. Keine Quellen-TKÜ, kein
149 Todesschuss, keine willkürlichen Wohnungsdurchsuchungen oder LGS-
150 Stürmungen**

- 151 • **Rassistische Kontrollpraktiken verbieten und Gefahrengebiete abschaffen, stattdessen Antidiskriminierungstrainings verpflichtend für alle
152 Polizist*innen, die GJ kann bei Bedarf ein paar Tipps geben :)**
153 Wir wollen wirkliche Hilfe für Menschen in Notsituationen und keine
154 Drangsalierung migrantisierten Personen. Das spaltet uns als Gesellschaft
155 nämlich tatsächlich.

- **Nazis raus aus der Polizei! Null Toleranz für Faschist*innen**
- **Verpflichtende Fortbildungen für die Polizei zur Sensibilisierung für die Arbeit mit Verletzten Menschen bei Fällen von sexueller Gewalt.**
- **Mittel umverteilen: Weniger Geld für Repression, mehr für Bildung, Sozialarbeit und Prävention.**
- **Bullen raus aus den Demos - für die Einhaltung der Versammlungsfreiheit in Berlin!**
- **Vermummungsverbot aufheben, Demonstrieren muss anonym möglich sein!**
- **Linke und migrantische Strukturen schützen, statt sie zu kriminalisieren oder zu stigmatisieren.**
- **Polizei entwaffnen, Waffen müssen im Auto bleiben und dürfen nur in Ausnahmesituationen rausgeholt werden. Unser Vorbild dabei ist Norwegen, in der das bereits Praxis ist und gut funktioniert.**
Niemand kann in einer Situation gut und deeskalierend wirken, wenn der Gegenüber eine Schusswaffe greifbar hat. Das ist nichts als Einschüchterung und löst keine Probleme
- **Militarisiertes Auftreten der Polizei verbieten.**
Als Gesellschaft brauchen wir tatsächliche Lösungsfindungen. Wenn die Polizei eine solche Rolle spielen soll und als Mittler*in zwischen Parteien auftreten soll, ist ein militarisches Auftreten fehl am Platz. Dies dient nämlich nur der Einschüchterung.
- **Letztlich eine Abschaffung der Polizei wie sie jetzt existiert, statt des Systems sollte sie alle Menschen schützen und statt zu bestrafen sollte sie auf eine Reintegration in die Gesellschaft setzen - Knäste zu Baulücken.**Das setzt allerdings voraus, dass es ein System gibt, dass nicht auf Eigentum und Besitz und Wachstum, sondern auf Solidarität, Hilfe und

183 Freiheit beruht. Denn echte Sicherheit entsteht durch Gerechtigkeit,
184 Solidarität und soziale Rechte.

Begründung

(1)

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/06/koalition-berlin-cdu-spd-klausur-vorhaben-fussfessel-videoeueberwachung.html>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/706648/umfrage/durch-polizisten-getoetete-menschen-in-deutschland/>

(2)

https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR_Integrationsbarometer_2022_Barrierefrei-11.pdf

<https://www.svr-migration.de/publikation/ib2022/>

<https://www.berlin.de/politische-bildung/politikportal/blog/artikel.1384909.php>

(3)

BGH, B, v. 21.03.2024 - 3 StR 300/23

<https://www.zeit.de/thema/nsu-2-0>

(4)

<https://web.de/magazine/politik/kriminologin-rechtsanwaelte-raten-anzeigen-polizei-38256456>

Rafael Behr: Cop Culture. Der Alltag des Gewaltmonopols

(5)

<https://www.youtube.com/watch?v=jXf9d1xHO34>

(6)

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/meinungsfreiheit-und-polizeigewalt>

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gaza-demos-berlin-europarat-mahnt-meinungsfreiheit-an-a-eae069c1-5995-4936-b723-84600cb94786>

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1193827.rheinmetall-entwaffnen-polizeikessel-in-koeln-diese-gewalt-ging-bis-uhr-morgens.html>

(7)

Alissa Stardoub, Polizei&Gewalt S. 57 ff.

(8)

ebd. S. 35 ff., 50 ff., 67 ff.

(9)

„Sie ist indes ein institutionalisierter und mit staatlichem Gewaltmonopol ausgestatteter Schlägertrupp, der die Wahrung der Interessen des Kapitals erzwingt, dazu gehört auch der Erhalt rassistischer Klassenspaltungen.“ - a&k zitat <https://www.akweb.de/ausgaben/661/polizei-ohne-rassismus-gibt-es-nicht/>

(10)

vgl. <https://web.de/magazine/politik/kriminologin-rechtsanwaelte-raten-anzeigen-polizei-38256456>